



Dr. Gregor Kaiser
Sprecher für Wald und Nachhaltigkeit
sowie Haushaltskontrolle



Liebe Waldfreund*innen,

Liebe engagierte Menschen,

ich möchte Euch und Sie als walddpolitischer Sprecher unserer Grünen Landtagsfraktion in unregelmäßigen Abständen zum Thema Wald, Jagd und Nachhaltigkeit aber auch zu anderen Themen, mit denen ich mich und wir uns als Fraktion beschäftigen, informieren. Gerne komme ich auch in Eure Kreise und Verbände für Veranstaltungen. Dazu meldet Euch einfach in meinem Büro.

Bundeswaldinventur bestätigt politischen Handlungsbedarf

Am Dienstag stellte Bundeswaldminister Cem Özdemir die vierte [Bundeswaldinventur](#) vor. Diese Bestandsaufnahme des deutschen Waldes wurde zuletzt 2012 gemacht. Die insbesondere seit 2017 sichtbaren Herausforderungen für unsere Wälder durch Dürren und Käferkalamitäten spiegeln sich dementsprechend stark in der Waldinventur wider. Die in den Ergebnissen eindeutige, schlechte Klimabilanz des deutschen Waldes, ist das Ergebnis des Klimawandels selbst und des viel zu lange vernachlässigten Waldumbaus.

Auch wenn die Bundeswaldinventur auf die Holznutzung und Holzvorräte abzielt und fraglich ist, ob die angelegten Kriterien ausreichen, um alle walddökologischen Herausforderungen zu erfassen, wird aus den Ergebnissen klar, dass der Wald derzeit kein Kohlenstoffspeicher, sondern Verursacher von Treibhausgasen ist. Der Negativtrend setzte 2017 durch Trockenheit und Kalamitäten insbesondere in Fichten- und Kiefernbeständen ein. Dieser wird noch weitere Jahre anhalten. Auch der Nutzungsdruck auf Wälder durch weiter steigenden Holzbedarf wird zunehmen. All dem müssen wir mit Waldumbau und Wiederbewaldung hin zu vielfältigen Dauerwäldern mit Einzelbaumnutzung begegnen. Hierfür sind wir politisch gefragt die richtigen Weichen zu stellen. Die Bundeswaldgesetzesnovelle, die die ökologischen Waldfunktionen deutlich stärken würde, ist ein wichtiger erster Schritt. Die mit der Bundeswaldinventur vorliegende Bestandsaufnahme stärkt uns aber auch in NRW darin, die Novelle des Landeswaldgesetzes, welche wir im Koalitionsvertrag verankert haben, zügig anzugehen.

Keine Deregulierung der Gentechnik

Auf europäischer Ebene wird seit längerem über die Deregulierung der Gentechnik verhandelt. Wie genau es derzeit dort weiter geht, ist nicht ganz klar. Für uns ist aber klar, dass wir von diesen Deregulierungsbemühungen nichts halten und uns weiterhin einsetzen für Wahlfreiheit, Koexistenz und das Vorsorgeprinzip. Daher haben wir letzte Woche auch einen Zoom mit Kommunal@s gemacht, um kommunale und NRW-

spezifische Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren. Bei Fragen und Interesse zu Veranstaltungen hierzu vor Ort, melden Sie sich/ Ihr Euch euch gern. Mitte September hat z.B. das Aktionsbündnis Düsseldorf und Umgebung Unterschriften an NRW Umweltminister Krischer übergeben, um deutlich zu machen, wie wichtig eine strenge Gentechnikregulierung ist – und das die Neuen Gentechnologien auch Gentechnik sind und reguliert gehören. Bis Sonntag laufen noch die Aktionswochen für eine gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft. Diese bieten Anknüpfungspunkte für Aktionen und Mitmachaktivitäten. Mehr dazu finden Sie/ findet Ihr [hier](#).



Bonn als Zentrum für Nachhaltigkeit und Waldschutz

Die europäische und internationale Waldforschung ist bereits mit dem European Forest Institute ([EFI](#)) in Bonn stark vertreten. Daran kann nun eine neue "Forest Risk Facility" (FoRISK Facility), eine internationale Beratungsstelle zum Waldschutz, anknüpfen. Diese wurde von der EU-Kommission und den 44 Mitgliedstaaten des pan-europäischen forstpolitischen Prozesses auf Ministerebene, unter Beteiligung von Cem Özdemir, beschlossen. Aus der UN-Stadt Bonn kann somit die Ökologisierung der europäischen Wälder durch bessere Zusammenarbeit, etwa beim Umgang mit Kalamitäten oder Waldbränden, unterstützt werden ([hier](#) weitere Infos dazu).

Passend dazu beschließen wir heute einen Schwarz-Grünen [Koalitionsantrag](#), mit dem wir den Internationalen und UN-Standort Bonn nachhaltig stärken wollen. In Anbetracht der globalen ökologischen Krisen ist die Arbeit der UN wichtiger denn je. Das seit 1994 geltende Berlin-Bonn-Gesetz schrieb Bonns Rolle als Standort für Entwicklungspolitik und internationale Einrichtungen fest. Eine Zusatzvereinbarung dieses Gesetzes soll nun Bonn auch als Standort für internationale Wissenschaftseinrichtungen, Behörden und Organisationen stärken. Das können und wollen wir als Land für alle Beteiligten gewinnbringend nutzen. Mit Blick auf den 24. Oktober, dem Tag der Vereinten Nationen, ist der Antrag ein wichtiges Zeichen.

Haushaltsberatungen

Derzeit laufen im Landtag NRW die Haushaltsberatungen für den Landeshaushalt 2025. Diese stellen uns vor riesige Herausforderungen, denn obwohl das Volumen des Haushalts so groß wie nie ist, müssen wir massive Einsparungen verhandeln. In allen Ministerien, über fast alle Projekte. Ein Beispiel ist die Asylverfahrensberatung. Die bisherigen Mittel im Landeshaushalt werden gestrichen. Es kann aber auf Mittel aus dem Bundeshaushalt zurückgegriffen werden, da die Asylverfahrensberatung sich aus der europäischen und Bundesgesetzgebung ableitet. Die Kürzungen können allerdings nicht eins zu eins kompensiert werden. Bei Nachfragen dazu melden Sie sich/ meldet Euch gerne.

Gleichzeitig stehen wir vor massiven investiven Herausforderungen. Aus meiner Sicht brauchen wir auf Bundesebene eine veränderte Steuerpolitik, die die nötigen Mittel generiert – denn erstens können wir auf Landesebene kaum zusätzliche Einnahmen schaffen und zweitens geht die Schere in unserer Gesellschaft immer weiter auseinander. Und wir müssen wieder für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen.

Bei Fragen zu den unterschiedlichen Fachbereichen, in denen ich Verantwortung mittrage, können Sie sich/ Ihr euch gerne bei mir melden.

Solingen und das Maßnahmenpaket

Der terroristische Anschlag von Solingen ist ein Einschnitt in die Geschichte NRWs gewesen, ähnlich wie der rassistische Anschlag von 1993 auf die Familie Genc in Solingen. Die Antwort der Landesregierung ist ein Maßnahmenpaket, das neben sicherheitspolitischen und migrationspolitischen Maßnahmen auch ein Präventionspaket umfasst, welche jetzt in den kommenden Monaten ausfinanziert und umgesetzt werden müssen. Dieses Paket ist in der Grünen Partei und auch in der Fraktion nicht unumstritten und es haben sich vielfältige Diskussionen daraus ergeben. Das ist auch gut so, denn die Grüne Partei lebt von der Debatte, lebt von unterschiedlichen Meinungen. Gerne komme ich oder meine KollegInnen aus der Fraktion auch in eure Kreisverbände und Fraktionen, um mit euch diese Punkte zu diskutieren.

Regionale Waldkonferenz OWL

Eine dritte regionale Waldkonferenz der Grünen WaldAG NRW, tagte am 28. September zu „Schutzkategorien im Wald“. Nach einer Exkursion in den Wisentwald, tagten und diskutierten wir u.a. über die Rolle der Beförderung, den Stand der Forschung zum Waldnaturschutz und nachhaltige Holznutzung. Trotz des vorerst nicht in der Region entstehenden Nationalparks, bewies die regionale Waldkonferenz ein großes Interesse am Waldnaturschutz. Die Grüne WaldAG NRW wird weitere Waldkonferenzen planen bis zur Kommunalwahl im nächsten Herbst, worüber ich hier rechtzeitig informiere. Weitere Infos zur regionalen Waldkonferenz in Warburg gibt's [hier](#).



Veranstaltungshinweise

17.10.2024 von 16:00 – 18:00 Uhr: Bürgersprechstunde im Grünen Büro in 57462 Olpe, Kurfürst-Heinrich-Str. 39. Anmeldung/Terminabsprache bitte bei Karin.sopart@landtag.nrw.de

17.10.2024 ab 19:00 Uhr: Stammtisch der Grünen in Schalksmühle (Ort noch offen)

24.10.2024 ab 19:00 Uhr: „Kaltgetränk mit Kaiser – Die Lokal(e)-Runde“ in Olpe (Ort noch offen)

29.10.2024 um 19.30 Uhr: Olper Stammtisch der IHK Siegen/Olpe, Input & Diskussion zu wirtschaftspolitischen Themen (interne Veranstaltung)

07.11.2024. 15:00 – 16:00 Uhr: Paneldiskussion „Faire“ Beschaffung in NRW – Wirksam für Menschen- und Arbeitsrechte. Weitere Infos [hier](#).